

1. Nachtrag zum Protokoll vom Jour fixe am 21.11.22

Im Protokoll ist eine Stelle, an der es um die Bestimmung der Kriegsziele des Westens geht, zu korrigieren: Im 6. Absatz nach dem vorletzten Sternchen, siehe Zeile 307, heißt es „Russland muss nicht nur aus den neu eroberten Gebieten zurückgedrängt werden, sondern zur
5 Rückgabe der Krim und der Volksrepubliken gezwungen werden.“ Das bestimmt das Kriegsziel der Ukraine und ist gerade nicht identisch mit dem, was USA und NATO als Kriegsziel definieren (siehe dazu S. 20/21 GS 3-22).

— *Der Westen sagt eigentlich nur, dass Russland den Krieg nicht gewinnen darf. Das muss aber nicht heißen, dass Russland sich komplett aus der Ukraine zurückziehen muss. Der
10 Westen will, dass Russland durch einen Abnutzungskrieg seine politische Potenz verliert.*

Was das konkret für das Kriegsergebnis in der Ukraine heißt, darauf legt sich der Westen nicht fest. In der Phase des Krieges, in der man sich jetzt befindet, findet ein großer Territorial- und Abnutzungskrieg statt, der die militärischen Fähigkeiten Russlands zerstören soll. Es soll als Weltmacht zurückgestutzt werden. Die USA legen sich nur konkret dahingehend fest,
15 dass Russland nicht mehr in der Lage sein soll, so einen Krieg zu führen, wo auch immer. Es soll sich nicht mehr als Weltordnungsmacht mit eigens definierten Sicherheitsinteressen betätigen können. Auf *ihre* Freiheit in *ihrer* Stellung zum Kriegsverlauf und der Verfolgung *ihrer* Intentionen jenseits der Zwecke der Ukrainer legen die USA großen Wert.

2. Zehn Monate Krieg in der Ukraine (GS 4-22)

20 In dem Artikel wird deutlich, dass *Russland* mit seiner so genannten „Spezialoperation“ von Anfang an zwei Ziele auf unterschiedlichen Ebenen verfolgt hat: das eine Ziel in der Ukraine, ein konkretes militärisches Vorhaben – zu Beginn des Krieges den Umsturz der Regierung – und das andere sehr viel weitergehende Ziel in Bezug auf den Westen – die NATO soll zu einer Korrektur hinsichtlich der Bedrohung russischer Sicherheit gebracht werden. Dieses
25 Doppelte zieht sich durch alle drei bisherigen Kriegsphasen. Dazu komplementär gibt es die entsprechende doppelte Antwort von Seiten des Westens: Die Ukraine wird nicht nur zur Verteidigung der eigenen Souveränität militärisch befähigt, sondern auch für die Ziele, die die westliche Kriegsallianz sich zum Zurechtstutzen Russlands vornimmt. Das zieht sich im Kriegsverlauf durch und wird dementsprechend modifiziert.

30 Die *Ukraine* verschärft im Kriegsverlauf kompromisslos ihre Position und will bis einschließlich Krim alles zurückerobert. Wie weit sie damit kommt, ist jedoch die Sache derer, die sie militärisch ausstatten. Die wiederum haben nicht diese konkreten Ziele der Ukraine, sondern sie wollen Russland als Weltmacht soweit wie möglich schädigen. *Dazu* ermächtigen sie den ukrainischen Staat und *dafür* statten sie seine Armee aus. Jeder Tag Krieg löst diesen Zweck
35 bereits ein Stück mehr ein. Die konventionelle Militärmacht Russlands wird immer weiter aufgerieben.

Das eine ist die Ausstattung der Ukraine zum lang andauernden Zermübungskrieg, der Russland militärisch entscheidend schwächen soll. Das andere ist die Antwort der NATO auf die russische Zielsetzung, durch die Kriegführung in der Ukraine seine Berücksichtigung als
40 Weltmacht zu erreichen: Die NATO beharrt darauf, nicht Kriegspartei zu sein. Sie stattet die Ukraine zur Eskalation des Krieges aus, aber zugleich weist sie zurück, dass *sie* es ist, die dort eine Auseinandersetzung mit Russland führt. Der Ukraine wird bedeutet, dass sie den Krieg bei sich zu führen hat und eine Überführung auf eine strategisch höhere Ebene der direkten Konfrontation nicht stattfinden darf. Russland wird bedeutet, dass die direkte Konfrontation nicht beabsichtigt ist, und *zugleich* wird ihm mit härtesten Konsequenzen gedroht,
45 sollte es die jetzige Ebene verlassen.

— *Westliche Militärstrategen, wie der ehemalige General Kujat, weisen darauf hin, gegen eine Atommacht sei ein Krieg nicht zu gewinnen. Denn wenn sich auf konventionellem Gebiet eine Niederlage anbahnt (wofür der Westen ja alles tut), wäre der Übergang aus militärischer Sicht zu Atomwaffen unvermeidbar. Deshalb warnt der Westen Russland vor solchen Übergängen, dann käme es zu härtesten Gegenschlägen.*

Der NATO ist bekannt, dass der Einsatz von kleineren, taktischen Atomwaffen seine militärische Logik hat, um aus der Defensive heraus eine Niederlage abzuwenden. Einerseits werden Russland maximale Schäden zugefügt und andererseits werden schlimmste Konsequenzen beim Einsatz von Atomwaffen angedroht. Der Umgang des Westens mit Russland zeigt also eine gewisse Risikofreude, ist aber eine hart kalkulierte militärische Vorgehensweise. Die Drohungen des Westens sollen Russland vom Einsatz der Atomwaffen abschrecken und bislang betreibt Russland seinen Weg der Eskalation unterhalb des Einsatzes von Atomwaffen.

— *Ist es wirklich so, dass, wenn die konventionelle Niederlage droht, der Übergang notwendig zum Einsatz von Atomwaffen führt? Der ehemalige General Kujat hat angeführt, dass dann die Stunde der Diplomatie schlagen müsste. Weil ein Atomkrieg bekanntlich nicht führbar ist und schon gar nicht zu gewinnen.*

— *Kujat betont, dass gegen eine Atommacht ein Krieg nicht gewinnbar sei, weil eine konventionelle Niederlage durch Atomschläge revidierbar sei. Trotzdem eskaliert der Westen den Krieg in der Ukraine weiter, rückt also nicht vom Ziel ab, einer Atommacht eine vernichtende Niederlage beizufügen. Die soll die konventionelle Niederlage hinnehmen. Von einer Revision des konventionellen Kriegsergebnisses mittels des Einsatzes von Atomwaffen soll Russland durch die Drohungen des Westens abgeschreckt werden.*

Es gibt keine Zwangsläufigkeit hinsichtlich der Entwicklung des Krieges. Im Artikel ist nachgezeichnet, dass es keine Notwendigkeit gibt in dem, was die Politiker sich auf der einen oder anderen Seite vornehmen. Russland wird vom Westen dauerhaft und schwerwiegend geschädigt. Trotzdem reagiert Russland (bisher zumindest) nicht mit dem Einsatz von Atomwaffen, sondern eskaliert den Krieg auf andere Weise, zerstört die Infrastruktur der Ukraine usw. Die gängige Vorstellung, dass auf jeden Schlag notwendig ein Gegenschlag folgt, ist falsch.

Es ist außerdem ein entscheidender Unterschied festzustellen: Auf Seiten *Russlands* liegt das doppelte Kriegsziel vor. Die Ukraine soll kein prowestlicher NATO-Stützpunkt werden und Russland beharrt darauf, dass es sich nicht von der westlichen Aufrüstung davon abschrecken lässt, weiter auf seinen Sicherheitsinteressen als Weltmacht zu beharren. Beides soll durch den Krieg in der Ukraine erreicht werden. Der *Westen* lässt sich auf die militärische Konfrontation ein und lässt den Krieg um die Ukraine in der Ukraine führen. Allerdings entscheidet sich für die USA an und in der Ukraine nicht, ob sie die Weltmacht Nummer eins bleiben. Wie weit sie den Krieg treiben, behalten sie sich vor. Die USA sehen keine Notwendigkeit, eine direkte Auseinandersetzung mit Russland um dessen Weltmachtstellung zu führen. Das ist der Witz an der Auskunft, wir sind keine Kriegspartei und wollen auch keine werden.

Der Westen will diesen Übergang zu einer direkten Konfrontation nicht. Dagegen droht Russland stets damit, diesen Übergang zu machen. Davor warnt der Westen und droht selbst damit. Der Westen schafft es, beides zu sagen: Was in der Ukraine letztlich rauskommt, daran hängt nicht die Wirksamkeit der NATO bzw. die Stellung der USA als Weltmacht. Aber wenn Russland diese Konfrontation eskaliert, behalten wir uns ganz frei vor zu entscheiden, wie wir darauf reagieren.

— Die USA wollen bestimmen, wem die Ukraine gehört. Insofern ist ihre Stellung als Weltmacht doch davon tangiert, welches Ergebnis der Ukrainekrieg zeitigt. Wenn Russland den Krieg gewönne, wäre das ein Angriff auf die Weltmachtstellung der USA.

Was aus der Ukraine wird, hängt vom Kriegsergebnis ab. Aber ob die USA Weltmacht bleiben, hängt nicht davon ab, ob die Ukraine ein weiterer NATO-Vorposten wird oder nicht, auch wenn es nicht unwichtig ist und sie natürlich tangiert. Die Weltmachtstellung der USA steht nicht auf dem Spiel. Für den amerikanischen Imperialismus ist der Krieg in der Ukraine insofern keine Existenzfrage.

— Wieso ist das für die USA keine Existenzfrage? Die Russen sollen mit dem Krieg in der Ukraine soweit geschwächt werden, dass sie sich nicht mehr als zweite Weltmacht in Konkurrenz zu den USA aufführen können, für die USA ist das doch auch eine Existenzfrage.

Für Russland und die USA ergibt sich hinsichtlich ihrer jeweiligen Weltmachtstellung in den Etappen des Kriegsverlaufs ganz unterschiedliches. Für die Russen hängt ihre Stellung als zweite Weltordnungsmacht daran, zu verhindern, dass die Ukraine zum NATO-Vorposten wird. Dafür haben sie den Krieg angezettelt. Das sind sie ihrer Stellung als zweite Weltmacht schuldig und nur so sehen sie ihre Sicherheitsinteressen gewahrt. Im Einzelnen hieß das: Erst war „Regime Change“ auf der Tagesordnung, dann ging es um die Sicherung der Landgewinne in den Volksrepubliken im Osten und nördlich der Krim usw. Die USA sind von diesem russischen Kriegsziel natürlich tangiert, aber wie? Sie erkennen Russlands Sicherheitsinteresse offensiv nicht an und nehmen den Krieg zum Anlass, Russland dauerhaft zu schädigen und darüber seinen Status als zweite Weltmacht zu ruinieren. Dafür ist der Ukraine-Krieg das Mittel. Das Kriegsziel selbst ist sehr viel weitreichender als die Frage, ob die Ukraine dann noch ein NATO-Vorposten ist oder nicht.

— Russland zerstört die Ukraine als Vorposten der NATO und umgekehrt ist das Vorgehen der NATO darauf gerichtet, Russland die Potenz zu solchen Kriegen zu nehmen. Die Drohung mit dem Einsatz von taktischen Atomwaffen steht insbesondere von Russland im Raum, aber zugleich belassen sie es bei der Verfolgung ihres aktuellen Kriegsziels beim Einsatz von konventionellen Waffen.

Hinsichtlich der Vergeltungsdrohungen beider Seiten heißt es in dem Artikel: Die NATO und die USA stellen klar, „dass die vereinigte Weltmacht im Ukraine-Krieg einerseits voll präsent und zugleich andererseits nicht dingfest zu machen ist. Für sie stellt sich mit Russlands Invasion, bei aller programmatischen Härte ihrer wirklichen und ihrer angedrohten Gegenschläge, in keiner Weise die Existenzfrage ihres Imperialismus; sie erkennt noch nicht einmal an, dass die Reichweite ihrer Macht über Europa hier auf dem Spiel stehen könnte“ (S. 17). Amerika sieht sich nicht wie Russland in seinen Sicherheitsinteressen bedroht, befürchtet nicht einmal, dass Russland in der Ukraine die Vorherrschaft der USA über Europa angreifen könnte.

— Ganz im Gegenteil, Mitten in diesem Krieg werden NATO-Beitrittsverhandlungen mit Finnland und Schweden geführt. Sie werden die neuen NATO-Vorposten gegen Russland. Da merkt man, dass sich die NATO von Russlands Krieg wenig beeindruckt lässt, sie rückt räumlich deutlich näher an die russischen Grenzen.

Auch daran sieht man, dass hinsichtlich des Kräfteverhältnisses zwischen Russland und dem Westen eine Verschiebung stattfindet: Russlands militärische Macht ist geschwächt und die NATO-Ostflanke zu Russland wird ausgebaut: Die NATO-Staaten im Osten werden weiter aufgerüstet, Finnland und Schweden neue NATO-Mitglieder.

*

140 Wie reagiert Russland angesichts dieser Lage (**Punkt 5**, S. 18)? Auch das ergibt sich nicht aus der „Logik der Waffen“, wie das manche Militärfachleute behaupten, sondern Russland reagiert gemäß *seinen* Kalkulationen.

— Die Antwort Russlands auf den Zermürbungskrieg der NATO ist zum einen eine politische. Sie halten ein Referendum in den Ostgebieten ab und erklären diese Gebiete anschließend zu Teilen Russlands mit den entsprechenden Schutzgarantien, wenn sie vom Westen angegriffen werden.

Die Ostprovinzen sind nun nach russischer Definition Teil der russischen Föderation und fallen unter die Abschreckung Russlands gegenüber Amerika und der NATO, die ggf. den Einsatz von Atomwaffen bis zur höchsten strategischen Ebene beinhaltet. Das signalisiert Russland, wenn es dem Westen kundgibt, dass ein Angriff auf diese bisherigen Volksrepubliken ein Angriff auf Russland ist.

— Damit fallen für Russland die beiden Ebenen, von denen am Anfang des Artikels die Rede ist, in eins, nämlich die Ebene – Russland will für eine russlandfreundliche Regierung in der Ukraine sorgen – und die Ebene – es will darüber hinaus seine Sicherheitsinteressen als zweite Weltmacht gewährleisten. Putin droht damit, dass ein Angriff auf die eingemeindeten Ostrepubliken als ein NATO-Angriff auf Russland beurteilt wird. Also genau das, was der Westen vermeiden will. Mit der zugleich verkündeten Teilmobilmachung gibt Putin kund, ab jetzt befindet sich Russland im Kriegszustand, wenngleich er es weiterhin „Spezialoperation“ nennt.

160 Putin hält zwar am Begriff „Spezialoperation“ fest, begründet die Teilmobilisierung aber in seiner Rede dazu explizit damit, dass Russland in der Ukraine der vereinigten Militärmacht des Westens gegenüber steht.

— Diese Teilmobilmachung blamiert doch Russlands anfänglichen Kriegszweck, mit einer „Spezialoperation“ im Nachbarstaat Ukraine eine russlandfreundliche Regierung zu implementieren. In der Sache wird ein Teil der russischen Bevölkerung für die Verteidigung des Vaterlandes mobilisiert und es werden die Kräfte zur Abwehr der Angriffe in der Ukraine verstärkt. Jetzt geht es in der Sache um die Verteidigung Russlands selbst.

— Putin hat die Teilmobilmachung angeordnet, um erst mal weitere Kräfte in das Gefechtsfeld „Ukraine“ zu werfen. Dazu hat er eine Frontbegradigung durchgeführt, Cherson aufgeben und sich auf das südliche Ufer des Dnjepr zurückgezogen. Da „verteidigt“ sich Russland, aber diese Sorte „Verteidigung“ hat es in sich. Da zieht Russland eine neue „Rote Linie“ und droht, bei deren Überschreitung dies als Angriff auf sich zu bewerten.

Die Teilmobilmachung ist das Eingeständnis einer Niederlage. Offenkundig braucht Russland jetzt eine militärische Verstärkung zur Sicherung dieser langen Front. Putin begründet die Mobilisierung explizit damit, dass der Westen in der Ukraine seine militärische Macht gegen Russland in Anschlag bringt und, um dagegen anzukommen, eigene Kräfte verstärkt werden müssen. Zugleich ist eine Teilmobilisierung und bewusst nicht Generalmobilisierung gewählt worden, um deutlich zu machen, dass sich Russland nicht genötigt sieht, seine letzten Kräfte zu mobilisieren, sondern diesen Krieg mit den Mitteln, die es jetzt für geboten hält, eskaliert.

180 Die anfänglichen Absichten Russlands, mit einem Blitzkrieg die prowestliche ukrainische Regierung zu verjagen und durch ein prorussisches Regime zu ersetzen, wurde „Spezialoperation“ genannt. Mittlerweile hat Russland die Kämpfe an der innerukrainischen Frontlinie zu einem Angriff auf eigenes Heimatland umdefiniert. Es handelt sich dabei nicht nur um eine politische Eskalation, sondern für den Zweck der Heimatverteidigung werden in einem ganz anderem Umfang Waffen und Leute benötigt und mobilisiert. Zudem eskaliert Russland militärisch nicht nur da, wo es um die Eroberung und Sicherung der Ostgebiete geht, sondern in

der gesamten restlichen Ukraine bombardiert es jetzt die Infrastruktur, damit die Ukraine für einen Angriff auf die russische Heimat unbrauchbar wird. Putin spricht weiterhin von einer „Spezialoperation“ – was sie mit ihrer militärischen Eskalation betreiben, ist jedoch die Ru-
190 nierung dieses Landes für die nächste Zeit.

— *Nochmal zur „Frontbegradigung“ (S. 18). Die Russen haben sich aus Cherson auf die südliche Seite des Dnjepr zurückgezogen. Inwiefern ist das eine „Frontbegradigung“ im militärstrategischen Sinn?*

Russland war in einer militärisch schlechten Position auf dem nördlichen Ufer des Dnjepr, nachdem die Ukrainer alle Brücken zerstört hatten und diese Vorposten kaum noch zu ver-
195 sorgen waren. Zudem ist die Front sehr lang und die russischen Mittel sind mittlerweile erheblich dezimiert. Infolgedessen tut sich Russland militärisch schwer, diese lange Front zu halten. Daher haben sie sich in Stellungen zurückgezogen, die sie besser halten können, besser versorgen und das Material an Artillerie und Soldaten effektiver nutzen. Das heißt
200 „Frontbegradigung“ im militärstrategischen Sinn.

— *Dieser Rückzug ist militärtaktischer Natur und tangiert das Prinzipielle nicht. Mit der Frontbegradigung haben sie keinesfalls den Anspruch auf Cherson und auf die Region nördlich des Dnjepr als russisches Gebiet aufgeben. Das wird durch entsprechenden Beschluss unterstrichen.*

— *Von der russischen Warnung, dass diese Gebiete nun russisch sind und ein Angriff darauf als ein Angriff auf Russland gewertet wird, zeigen sich weder die Ukraine noch die NATO beeindruckt. Mit kräftiger Unterstützung durch den Westen macht sich die Ukraine daran, diese Gebiete zurückzuerobern.*

Und Russland belässt es nicht bei dieser Warnung, sondern geht dazu über, in der gesamten
210 Rest-Ukraine Infrastruktur zu verwüsten. Das Alles findet immer noch als konventioneller Krieg statt, ohne den Übergang auf taktische Atomwaffen.

— *Durch die Zerstörung der Infrastruktur will Russland verhindern, dass die restliche Ukraine NATO-Aufmarschgebiet wird. Dafür soll sie unbrauchbar sein.*

An all dem merkt man: Russland führt auch mit dieser Eskalation des Kriegs in der Ukraine
215 nicht einfach eine Auseinandersetzung mit der Ukraine, sondern mit der NATO. Damit, dass Russland nun die Ostprovinzen sich eingemeindet hat und die Landbrücke zwischen der Krim und dem russischen Heimatland hergestellt hat, hat es das eine strategische Ziel in der Ukraine erst einmal erreicht, nämlich diese Gebiete dem Westen als dessen Vorposten zu entziehen. Nachdrücklich und immer wieder aufs Neue droht Russland damit, noch über an-
220 dere Mittel und Möglichkeiten zu verfügen, wenn diese neuen Teile Russlands angegriffen werden.

— *Die Botschaft an den Westen lautet, die lassen wir uns nicht mehr nehmen. Zugleich wird die Ukraine konfrontiert mit „einer Katastrophe, die, wenn sie wahr gemacht wird, auch durch westliche Waffen und Finanzhilfen dann nicht mehr abzuwenden ist.“ (S. 19 oben). Da
225 werden die Ukrainer darauf hingewiesen, was das für sie bedeutet, wenn sie sich weiter für den Stellvertreterkrieg der NATO hergeben.*

Diese fortlaufende Zerstörung der ukrainischen Infrastruktur und Drohungen Russlands sol-
230 len die Ukrainer zermürben und zu Verhandlungen zwingen. Sie werden daher begleitet von Verhandlungsangeboten. Die Ukraine wird darüber belehrt, dass sie sich gegen Russland nicht behaupten können wird, auch nicht mit Unterstützung durch den Westen. Wenn sie sich nicht in irgendeiner Weise mit Russland ins Benehmen setzt, droht ihr die totale Katastrophe. Und dem Westen wird sein strategischer Vorposten weggenommen.

Zusammengefasst gilt für den russischen Standpunkt: dem Westen wird mitgeteilt, dass er
 235 seine Kriegsziele in der Ukraine nicht gegen Russland erreichen kann. Deswegen ist er gut
 beraten, wenn er sich an den Verhandlungstisch setzt. Zu klären wäre jetzt, wie die Antwort
 des Westens aussieht (**Punkt 6**, S. 19).

— *Der Westen behält sich vor, wie er mit der russischen Drohung umgeht. Einerseits stellt
 er weitere Waffenlieferungen für den Zermübungskrieg gegen Russland zur Verfügung.
 240 Dazu gehören auch die Waffen der höheren Kategorie wie weitreichende Raketenwerfer. Auf
 der anderen Seite führt der Westen seine Strategie weiter, dass keine direkte Konfrontation
 mit Russland zustande kommt. Dazu gehört das Beispiel mit den Raketen, die in Polen ge-
 landet sind: ein paar Stunden später erklärt Biden, dass es sich um ukrainische Abwehrrake-
 ten gehandelt hat.*

— *Aber die Waffen, die die Ukrainer für wichtig erachten, um die Zerstörung ihrer Infra-
 struktur abzuwenden, scheinen sie nicht zu bekommen. Der Westen schaut zu, wie dieses
 Land zerstört wird.*

— *Einfach „zuschauen“, kann man nicht sagen. Es findet eine kalkulierte Eskalation statt,
 wozu auch gehört, dass der Leopard-2-Panzer noch nicht geliefert wird. Was auch auffällt:
 250 wenn von Russland aus die ganze Ukraine durch Zerstörung der Infrastruktur bombardiert
 wird, dann hilft dagegen die Lieferung von hunderten Stromgeneratoren auch nicht gerade.*

— *Das ist aber keine Zurückhaltung des Westens: es werden weitere Waffen gemäß dem
 Kalkül geliefert, das der Westen für diesen Zermübungskrieg für nützlich erachtet. Selenskyj
 ist darüber enttäuscht, weil er nicht alle Waffen bekommt, die er für seine Kriegsführung für
 255 nötig hält, er wirft dem Westen Zurückhaltung vor. Die NATO stellt sich gerade ganz frei dazu,
 wo und wann sie eskaliert und mit welchen Folgen.*

Man kann also sehen, dass die Antwort des Westens noch unfertig ist. Die eine Seite ist
 schon gesagt worden – die Ausstattung für den Zermübungskrieg soll weiterlaufen –, aber
 welche Eskalationsschritte die USA und die NATO noch für fällig erachten, das steht noch
 260 nicht fest.

— *Was der Westen neben der Weigerung, keine derartigen Panzer zu liefern, bis dato an-
 kündigt, sind Maßnahmen zur Reparatur der zerbombten Infrastruktur (Strom- und Wasser-
 versorgung). Der Zermübungskrieg gegen die russische Armee läuft weiter wie bisher, aber
 warum beschränkt der Westen sich angesichts dieser Zerstörungen der Ukraine auf Repa-
 265 raturmaßnahmen?*

Das, was die NATO macht, ist mit „Beschränkung“ schlecht gefasst. Auf der einen Seite rich-
 tet Russland mit seinen militärischen Potenzen in dem Land einiges an. Auf der anderen
 Seite liefert der Westen weiter der Ukraine Waffen und daneben auch Generatoren und jede
 Menge Geld für Reparaturarbeiten. Der Westen beurteilt, was er für notwendig befindet, um
 270 dieses Land über den Winter zu bringen. Die Bewaffnung der Ukraine geht weiter und der
 Westen macht deutlich, dass er sich nicht von der russischen Warnung – kein Angriff auf die
 Ostgebiete, die sind jetzt russisches Heimatland – beeindrucken lässt. Zugleich nimmt der
 Westen das insofern ernst, als er der Ukraine nicht alles zur Verfügung stellt, was diese für
 nötig erachtet. In diesem Sinne wirkt die russische Drohung, nämlich als Grund für diese
 275 doppelte Strategie des Westens. Den Russen wird ihr Landgewinn in der Ukraine nicht ein-
 fach konzediert; Russland ist ständig mit der Absicherung dieser neu gewonnenen Heimat-
 gebiete beschäftigt, dafür stattet die NATO die Ukrainer aus – und reflektiert dabei zugleich,
 welche Sorte Angriffe seitens der Ukraine sie befördern will und welche nicht.

— Stimmt es, dass auch Amerika den ukrainischen Präsidenten Selenskyj mit dem Verweis
280 auf die Zerstörung der Infrastruktur zu einer Verhandlungsbereitschaft ermuntern wollte und
aus diesem Grund das ukrainische Militär nicht mit den Waffen, die den Angriff der Russen
Einhalt gebieten könnten, ausstattet?

Dieses Katastrophenszenario hat Russland gegenüber der Ukraine aufgemacht. Aber auch
auf der amerikanischen Seite wurde in letzter Zeit öffentlich eine Verhandlungsmöglichkeit
285 angedeutet. Da merkt man wieder, dass der ukrainische Kriegszweck und der amerikanische
nicht identisch sind. Die USA behalten sich vor, wann der Krieg für sie fertig ist und das heißt
nicht, wenn alle Gebiete der Ukraine zurückerobert sind.

— Ergänzend wird der Westen auch anderweitig diplomatisch aktiv: die Außenminister
fliegen in der Welt herum, um Russland diplomatisch zu isolieren, was auch eine immense
290 Beschädigung des russischen Staats ist. Zweitens macht Biden das Angebot an Putin, man
könnte sich treffen, wenn dieser ein ordentliches Angebot mitbringt. Und das dritte, was
aufgefallen ist: plötzlich ist das START-Abkommen wieder aktuell. Es heißt, man könnte
darüber verhandeln, aber die russischen Inspektoren wollen wir nicht in unserem Land
sehen.

295 Die von Amerika betriebene weltpolitische Isolierung Russlands hat aktuell den speziellen
Inhalt: die Ächtung des Atomkriegs und der Atomkriegsdrohungen. Das ist ein diplomatisches
Moment verstärkter Abschreckung Russlands: Wenn es sich herausnimmt, Atomwaffen
einzusetzen, verliert es seine letzten Bündnispartner. Insbesondere China wird bedrängt,
gegenüber Russland seine Ablehnung des Atomwaffeneinsatzes zum Ausdruck zu bringen.

300 — Nochmal dazu, was es genau heißt, wenn Russland die besetzten Gebiete mit einem
Referendum zum eigenen Territorium erklärt hat: Es verteidigt jetzt sich, Russland, und das
ist etwas anderes, als um eine Einflusszone zu kämpfen, weil sich ein Land nicht mehr bot-
mäßig verhalten hat. Seinen Weltmachtanspruch auf Einflusszonen wollte Russland nicht
305 verlieren. Jetzt hat es nicht mehr den Anspruch auf Einflusszonen, sondern „nur noch“ den
Anspruch, das eigene Gebiet halten, führt also nur noch einen Kampf ums eigene Territorium.
Das ist doch eine Zurücknahme seines Weltmachtanspruchs.

Erstens ist der Kampf Russlands, der dem Westen den Anspruch auf die Ukraine verwehren
soll, noch nicht beendet. Zweitens geht der Einmarsch Russlands in die Ukraine doch viel
310 weiter, als nur eine Einflusszone zu sichern. Dass dieses Land nicht mehr prorussisch,
sondern stattdessen ein *NATO-Vorposten* wird, darin sieht Russland seine
Sicherheitsinteressen so gravierend beeinträchtigt, dass es seine Stellung als Weltmacht
überhaupt in Frage gestellt sieht. Dagegen ist die Behauptung, Russland sichere sich dort
Einflusszonen, geradezu harmlos. Derzeit praktiziert es seinen Weltmachtanspruch sogar
so, dass es die Bestreitung seiner Sicherheitsinteressen durch den Westen durch die
315 Eingemeindung von Teilen der Ukraine beseitigen will. Los wird es die Bestreitung dadurch
allerdings nicht. Aber es verfügt jetzt über einen strategisch-militärischen Bestandteil direkt
in der Ukraine. Dabei stößt Russland auch bei dieser Sorte Sicherung seiner Weltmacht auf
den erbitterten Widerstand des Westens: er hört nicht auf, es zu bedrängen.

3. Der Protest im Iran und die hiesige Öffentlichkeit dazu

320 Der Ausgangspunkt der Proteste war, dass eine junge Frau wegen des Verstoßes gegen das
Kopftuchgebot inhaftiert wurde und in der Haft gestorben ist. Das war der Anlass für alle
möglichen Sorten von Protest, die von Demos, Streiks, militanten Auseinandersetzungen mit
den Sicherheitskräften bis zu Forderungen nach dem Ende der Diktatur der Mullahs reichten.
Diese Proteste haben in unterschiedlicher Weise alle Regionen des Landes erfasst und
325 werden von der Regierung mit unerbittlicher Härte verfolgt: die Gewaltmaschinerie des

Staates wird nicht nur mit Polizei und Militär eingesetzt, sondern es gibt auch Verhaftungen bis hin zu Todesurteilen. Die eine Frage ist, wie das hierzulande besprochen wird, und die andere, in Abgrenzung zu den Urteilen der Öffentlichkeit, was für eine Sorte Protest dort in den unterschiedlichen Abteilungen stattfindet.

330 — *In Teilen der öffentlichen Medien (insbesondere FAZ und deren Podcasts) richtet sich der interessierte Blick darauf, ob diese Proteste schon eine Gefährdung der islamischen Republik Iran sind oder noch nicht. Verbunden einerseits mit dem Bedauern, dass es noch nicht das Ende des islamischen Regimes ist, andererseits auch mit der bangen Frage, ob das, was danach kommt, auch in unserem Sinne ist. Die durchgängige Sichtweise auf die Proteste*
335 *ist, dass der Iran ein moralisch zu verurteilendes Staatsgebilde ist und nicht den dortigen Menschen entspricht. Diese Beurteilung ist fast schon unterstellt, das bedarf nicht groß eines Beweises.*

— *Dass die Beurteilung der Proteste und die Verurteilung des Iran durch den Westen bereits abgehakt ist, kann ich nicht erkennen. Die Demonstrationen und die Reaktion des islamischen Staates sind aus der Sicht des Westens ein starker Beleg, wie sie ihre Feindbildpflege aktuell gegen den Iran etablieren können. Die Parolen, die dort unterwegs sind – „Frau, Leben und Freiheit“ – nehmen sie für sich als Argument gegen die illegitime Herrschaft im Iran: Die unterdrückt das Volk.*
340

— *Wenn sie dort zu Parolen wie „Freiheit“ greifen, dann ist für den westlichen Beobachter sofort klar, die wollen das, was wir haben. Die Amoralität des Iran steht für ein Herrschaftsgebilde, das dem Menschen und schon gleich den Iranern nicht gerecht wird. Zugleich ist das von vornherein unterstellt. Der zentrale Blick auf die Proteste ist deshalb eher, inwieweit sind die Proteste schon ausreichend für unsere Zwecke? Aktuell geht es um die Abschaffung der Sittenpolizei und darum, dass das iranische Parlament in zwei Wochen über seine Stellung zum Kopftuchgebot debattieren will; gegebenenfalls soll es eine Wahl geben, ob die Frauen das Kopftuch tragen wollen oder nicht. In einem Zitat der FAZ heißt es dazu, das beweise, „dass das Regime nicht mehr Herr der Lage ist. Der Kampf um die Zukunft der iranischen Republik geht in eine neue Runde.“ Dieses Zitat steht für den interessierten Blick darauf, ob die Proteste dazu führen, der iranischen Republik den Garaus zu machen. Teils*
345 *sind sie hier skeptisch und teils hoffnungsvoll. Dabei ist schon das Unmoralische und Illegitime des Irans unterstellt und gar nicht mehr das oberste Beweisziel.*
350
355

Was hat das eine mit dem andern zu tun? Zunächst ist von vornherein klar, womit man es zu tun hat, wenn im Iran irgendwie protestiert wird. Da braucht die westliche Öffentlichkeit überhaupt nicht zu wissen, wer warum und mit welchen Parolen auf die Straße geht. Die stehen von vornherein für die höchsten Werte wie Freiheit, Demokratie, Frauen- und Menschenrechte. So wird in dieser Auseinandersetzung im Iran eindeutig Partei ergriffen. Erstens für die unterdrückten Protestierenden: die werden moralisch vereinnahmt und ins Recht gesetzt. Zweitens schneidet das Regime entsprechend schlecht ab: das sind die Bösen, die gegen unsere Werte verstoßen, weil sie böse sind, also Unterdrückung um der Unterdrückung willen praktizieren. Diese moralische Einsortierung ist mit einer solchen Selbstverständlichkeit unterstellt, dass der nächste Gedanke ist: passiert jetzt endlich das, was in der moralischen Einsortierung immer schon angelegt ist, dass nämlich dem dortigen Regime die Existenzberechtigung endlich praktisch abgesprochen wird. Von da aus wird als andere Selbstverständlichkeit unterstellt: was aus den Verhältnissen im Iran wird, ist nicht einfach die Sache der Protestierenden und der dortigen Regierung. So sicher sich die Kommentatoren sind, dass die dort für unsere Werte auf die Straße gehen, genau so sicher sind sie sich dessen, dass es natürlich in die Zuständigkeit der hiesigen Politik fällt, über die inneren Verhältnisse des Iran zu befinden. Dafür steht das Zitat aus der FAZ: erstens, klappt es mit dem Sturz des Regimes, und zweitens, was wird dann eigentlich aus dem Land? Das
360
365
370

375 Urteil lautet nicht einfach, wir haben das Interesse an einem Regimesturz im Iran, sondern wir stehen für die Guten, die im Namen unserer Werte das Regime weghaben wollen. Was aus den dortigen Verhältnissen wird, kann man natürlich nicht den Iranern überlassen, sondern der Westen muss sich darum kümmern.

— *So wird ein Blick auf die Protestierenden geworfen und geschaut, ob es Figuren gibt, die für diese Zwecke brauchbar sind. Manche werden kritisch in Visier genommen und so gibt es noch viel zu tun.*

Da gibt es unterschiedliche Positionen dazu, welche Politik des Westens im Bezug auf den Iran gut und nützlich ist. Jedenfalls sollte die Politik im Sinne unserer hohen Werte und unserer Interessen Einfluss nehmen und vor Ort tätig werden. Eine besondere Position vertritt hierzulande die sehr engagierte iranische Exilgemeinde, die der deutschen Regierung mangelhafte Unterstützung der Protestbewegung vorwirft und mehr deutschen Einsatz in Hinblick auf den Sturz des iranischen Regimes fordert. Auch deren Forderungen leben davon, dass sie sich und den hiesigen Staat von der Warte hoher westlicher Werte auf der 'richtigen Seite' wähnen.

390 — *Mir ist die Bedeutung der islamischen Sittlichkeit, der Stellenwert der Religion im islamischen Staat nicht klar. Dazu gehört die Frage, warum der iranische Staat mit so viel Vehemenz auf dem Kopftuch beharrt, das auch in der hiesigen Öffentlichkeit eine zentrale Rolle spielt. Wofür steht dieses Symbol?*

Derartige Fragen danach, *warum* einerseits diese Protestbewegung die Kopftuchfrage so hoch hängt, welche Argumente sie dafür ins Feld führt und *warum* auf der anderen Seite der iranische Staat darauf so gewaltsam besteht, spielen in der hiesigen Öffentlichkeit überhaupt keine Rolle. Alle öffentlichen Stellungnahmen leben von einer moralischen Verurteilung der Mullahs, die sich gerade nicht darum bemüht zu verstehen, von was dieser Protest tatsächlich handelt. Wenn da Leute gegen das Kopftuchtragen auf die Straße gehen, dafür immerhin Leib und Leben riskieren und der Staat gegen sie seine Gewaltmaschinerie zum Einsatz bringt, ist doch offensichtlich, dass es bei diesem Protest um sehr viel mehr als nur Kopftücher gehen muss.

— *Die islamische Sittlichkeit wurde im Zuge der Revolution 1979 gegen den Schah so bedeutsam, der als Gallionsfigur für die 'gottlosen Amerikaner' im Lande galt. Nach der Revolution gab es einen Kampf der politischen Linien, auf der einen Seite die islamischen Religionsführer und auf der anderen Politiker, die den ökonomischen Sachnotwendigkeiten in Hinblick auf die Abhängigkeit des Irans vom Ölexport mehr Rechnung tragen wollten. Für die Leute ging es nicht nur um Religions-, sondern auch um existentielle Überlebensfragen, die die Religionsführer zu verbessern versprochen und das auch teilweise umgesetzt haben. Aktuell sieht die Lage im Iran so aus, dass nach jahrzehntelanger Bekämpfung des iranischen Gottesstaates durch den Westen mit massivsten Sanktionen und den daraus resultierenden Sparmaßnahmen des iranischen Staates sich die materiellen Lebensverhältnisse der Leute enorm verschlechtert haben, was zu Unzufriedenheiten mit den staatlichen Religionsführern führt, weil die islamische Sittlichkeit auch mit materiellen Versorgungsansprüchen verknüpft ist.*

Der Hinweis auf die aktuellen Lebensbedingungen im Iran als Grund für zunehmende Unzufriedenheit im Volk ist korrekt. Aber die Aussage, früher wäre die Religionsfrage im Iran mit dem Wohlergehen der Menschen *zusammengefallen* und das habe sich nun geändert, so dass es jetzt zu Protesten kommt, macht einen falschen materiellen Zusammenhang zwischen dem Kopftuchtragen und einem guten Leben auf, den es so nie gab. Zu klären ist schon, was unter dem Stichwort 'islamische Sittlichkeit' zu fassen ist, deren Stellenwert und den Umgang der regierenden Religionsführer damit. Die zahlreichen, aus der islamischen

Religion begründeten und im Alltag wie selbstverständlich praktizierten Verhaltensweisen der Bevölkerung wie das mehrmalige tägliche Beten oder religiöse Bekleidungsfragen usw. machen die islamische Sittlichkeit aus. Dabei belässt es der iranische Staat aber gar nicht, vielmehr kümmert er sich darum mit umfänglichen Vorschriften bis hin zu einer Sittenpolizei.

— *Auch wenn der iranische Gottesstaat sicherlich nie ein Eldorado des Wohlergehens dargestellt hat, ist doch nicht zu leugnen, dass die islamische Revolution auch mit Verbesserungen der Lebensbedingungen der 'einfachen Leute' einher gegangen ist.*

Das mag ja sein. Die iranische Herrschaft verspricht ihrem Volk, ihm zu dienen. Das ist kein Versprechen auf ein gutes Leben, sondern sie will ihrem Volk dabei behilflich sein, ein Leben gemäß dem zu führen, was es als iranisches Volk *eigentlich ausmachen soll*: Nämlich sein Charakter als durch den Islam gekennzeichnete Gemeinschaft. Dieser *ihrer Definition* des Volks will diese Herrschaft gerecht werden. Jede Herrschaft, auch die hierzulande, präsentiert sich als *Diener* ihres Volkes und definiert, was das Volk von ihr will. Die Besonderheit im Iran ist, dass das postulierte *Entsprechungsverhältnis* von Volk und Staat darin bestehen soll, dass der Staat dem Volk zu seinem Recht auf seine Identität als Mitglied der islamischen Gemeinde verhilft. Dafür wird er praktisch wirksam.

— *Insofern ist es sehr fraglich, ob der Protest gegen das Kopftuch überhaupt eine Ablehnung des Islams darstellt. Im Gegenteil: Sie diskutieren ja, ob und wie man auch ohne Kopftuch ein ordentlicher Gläubiger bleiben kann.*

Deutlich wird das auch in der weitverbreiteten Protestparole, die Mullahs sollten ihnen ihre Religion zurückgeben. Wogegen wendet sich das?

— *Ist das nicht die Forderung danach, dass so wie hierzulande auch, die Religion Privatsache sein soll und keine Angelegenheit des Staates, der das mit seiner Gewalt verordnet?*

— *Nein, das ist eher der Vorwurf an den Staat, dass er die Religion missbraucht, dass er mit der Religion nicht ehrlich und ordentlich umgeht.*

Die Protestierenden wenden sich nicht gegen Religion oder islamische Sittlichkeit. Sie ziehen vielmehr in Zweifel, ob die Regierenden die Richtigen sind, darüber zu entscheiden, was sich für sie als islamische Menschen gehört. So wird aus der Kopftuchfrage eine grundsätzliche Infragestellung der Regierung. Während diese sich darauf beruft, dass sie alles tut, um dem islamischen Volkscharakter zu entsprechen, lautet der spiegelbildliche Vorwurf von unten, dass dieser durchaus akzeptierte Regierungsauftrag von den derzeit Regierenden nicht ordentlich wahrgenommen wird. Sie halten die Mullahs für korrupt, verweisen auf deren Vermögen im Ausland und werfen ihnen vor, sich selber nicht an die islamischen Gebote zu halten. So klagen sie gegen die Regierenden deren Versprechen ein, die wahre Identität zwischen dem islamischen Staat und dem Volk einzulösen.

Der Protest sieht die islamische Sittlichkeit in den falschen Händen. Das ist sein Ausgangspunkt – es mag auch Übergänge dazu geben, sich in Religionsfragen an westlichen Vorstellungen zu orientieren, aber das ist nicht ihr originärer Nenner. Auf diese Weise *delegitimieren* sie die aktuelle Herrschaft, sprechen der Regierung das *Recht* ab, ihnen Vorschriften in Hinblick auf Sittlichkeit, religiöse Kleiderfragen u.ä. zu machen. Darüber *entzweien* sich im Iran gegenwärtig Staat und Volk grundsätzlich und das ist zugleich der Grund dafür, dass von Oben so unerbittlich auf diesen Protest reagiert wird.

— *Fraglich ist doch, ob diese Entzweigung soweit geht, dass gefordert wird, der Staat habe sich überhaupt aus der islamischen Sittlichkeit rauszuhalten.*

Solche Übergänge unter den Protestierern mag es geben, sie sind von diesem Ausgangspunkt her jedenfalls nicht notwendig. Es gibt davon ausgehend eine ganze Bandbreite von

Unzufriedenheiten mit der Regierung und auch ebenso viele unterschiedliche Vorstellungen
470 darüber, wie es in diesem Staat anders zugehen sollte.

— *Falsch ist es daher, diesen Protest ganz prinzipiell als Aufstand gegen die Obrigkeit zu fassen.*

Was hier allerdings sehr prinzipiell infrage gestellt wird, ist die *Legitimität* dieser Herrschaft.
Deutlich wird dies, wenn den Regierenden ihr Recht auf das Erlassen verbindlicher religiöser
475 Vorschriften bestritten wird. Die einzelnen Vorstellungen über ‚gerechte Herrschaft‘ haben
viele unterschiedliche Ausprägungen. Die im Polizeigewahrsam gestorbene Frau z.B. war
Kurdin, die unter ‚gerechter Herrschaft‘ eher eine eigene kurdische Regierung verstanden
hat, usw. Die Forderung nach gerechter Herrschaft ist jedenfalls was anderes, als dass die
480 Leute sich von Oben nichts mehr sagen lassen wollen. In Zweifel ziehen sie, ob die Regie-
rung wirklich fürs Volk da ist und ihm wirklich entspricht. Diese Entsprechung wird eingeklagt.
Und das bleibt nicht bei der Kopftuchfrage stehen.

Jour fixe vom 05.12.2022